

## Menschenrechte statt Olympischer Spiele

Gegen den Olympiabewerber Peking hat sich Widerstand geregt. Tibeter und ihre Unterstützer meinen, daß sich China mit der Besetzung Tibets als Austragungsort für die Olympischen Spiele selbst disqualifiziert habe.

Die chinesische Regierung wurde die Spiele für politische Zwecke nutzen, wie schon bei der Austragung der Asien-Spiele im September 1990. Während der Spiele brachte man eine 15 jährige Tibeterin dazu, in tibetischer Tracht das olympische Feuer anzuzünden; die Zeitungen in China und Tibet nutzen das für ihre Propaganda.

In tibetischen Kreisen wird befürchtet, daß mit der Austragung der Olympischen Spiele in Peking die chinesische Regierung den Status Tibets als »Teil des Mutterlandes« festschreiben wolle — noch dazu mit dem Segen der Weltöffentlichkeit. Die extremen Menschenrechtsverletzungen in Tibet sollten nicht durch die Olympischen Spiele in Peking legitimiert werden.

»Das Ziel der Olympischen Spiele ist es, überall den Sport in den Dienst einer harmonischen Entwicklung der Menschheit zu stellen, den Aufbau einer friedlichen Gesellschaft zu ermutigen...«, so sieht es die Olympia Charta für 1992 vor. Wenn die Veranstalter das wirklich ernst meinen, kommt Peking als Austragungsort nicht in Frage.

Das Internationale Olympische Komitee (IOC) trifft sich vom 17. bis 20. September in Monte Carlo; die Entscheidung über den Ort der nächsten Olympischen Spiele wird am 23. September fallen. Die Tibeter und zahlreiche Unterstützergruppen haben vielfältige Aktionen geplant, so eine Pressekonferenz am 19. und eine Demonstration am 23. September. Der Dalai Lama appellierte Anfang September an die Welt, die Olympischen Spiele nicht an Peking zu vergeben. Die Weltgemeinschaft sei verpflichtet, das richtige Signal zu geben und jene Kräfte zu stärken, die unter Einsatz ihres

Lebens für Demokratie und Freiheit kämpften.

## Clinton für Tibet

Der amerikanische Präsident Clinton hat die Verlängerung der seit 1980 bestehenden Handelsvorteile für China (Meistbegünstigungsrecht) an Maßnahmen zum Schutz der tibetischen Kultur und Religion geknüpft. In seinem Statement betonte er, daß die »Unterwerfung Tibets« ein zentraler Punkt in den Beziehungen beider Länder sei.

Diese Entscheidung kam einige Wochen nach dem Besuch des Dalai Lama im Weißen Haus. Der Kongreß hatte schon 1991 Tibet als »besetztes Land« angesehen und den gewaltlosen Kampf der Tibeter für ihre Selbstbestimmung unterstützt. Auch die jüngsten Demonstrationen tausender Tibeter in Lhasa sollen diese Entscheidung Clintons mitbewirkt haben.

Insgesamt hat die amerikanische Regierung einen härteren Kurs gegen China eingeschlagen: Sie verhängte Ende August Wirtschaftssanktionen gegen die Volksrepublik, weil sie Raketenteile an Pakistan geliefert hatte. Amerikanische Lieferungen von Gütern, die sowohl für militärische als auch für zivile Zwecke genutzt werden können, wurden gestoppt. Die Clinton-Administration beklagt die Menschenrechtspolitik, die Handelspraktiken, die Waffenexporte und die Nuklearpolitik Chinas.

## Taiwan für Tibet

Die taiwanesisische Regierung empfing Ende Mai 1993 eine Delegation der tibetischen Exilregierung, der auch Minister Gyalo Thondup, der Bruder des Dalai Lama, angehörte. Das ist ein bemerkenswertes Ereignis, denn bisher hatte die taiwanesisische Regierung, die sich als Republik China bezeichnet, dieselben Ansprüche auf Tibet erhoben wie die Volksrepublik. Bei den Gesprächen im Mai versicherte der Präsident Taiwans, Lee Tang Hui, daß er bereit sei, über

»echte Freiheit der Tibeter« zu sprechen. Auch tat er kund, daß er einen Besuch des Dalai Lama in Taiwan begrüßen würde.

## Indien opfert Tibet

Nach drei Jahrzehnten Konfrontation und Territorialstreit einigten sich China und Indien auf ein Grenzabkommen. Mit dem Ende der Sowjetunion rückten die beiden größten Entwicklungsländer zusammen, um die Konturen der neuen Weltordnung mitzubestimmen. Problematisch ist an diesem Entspannungsprozeß, daß der indische Ministerpräsident Rao Tibet als einen Teil Chinas anerkannt hat. Der Dalai Lama und die Tibetfrage scheinen das Verhältnis der beiden Mächte nicht zu stören. Man wolle »nicht den Eindruck einer Kontroverse vermitteln, wo keine existiert.«

## Chinas undurchsichtige Politik

**Im** Vorhof: Gespräche und die Suche nach dem 7. Panchen Lama

Gyalo Thondup, der Bruder des Dalai Lama und Minister der Exilregierung in Dharamsala, hielt sich im Juli überraschend zu Gesprächen in Peking auf. Dieses war kein Besuch »privater« Natur, wie seine Aufenthalte vorher; der Minister durfte als Minister kommen.

Die chinesische Regierung wollte über dieses Gespräch den Dalai Lama darum bitten, bei der Suche nach der Reinkarnation des 7. Panchen Lamas behilflich zu sein. Der zweithöchste spirituelle Führer Tibets war 1989 gestorben. Ein Sprecher der tibetischen Exilregierung, Samdhong Rinpoche, teilte mit, die chinesischen Führer hatten bei der komplizierten Suche »um Kooperation und Segen« von Seiner Heiligkeit gebeten.

Es war das erste Gespräch nach zehn Jahren zwischen China und der tibetischen Exilregierung. Ein Sprecher in Peking sagte, die Tür für Verhandlungen bliebe offen, solange der Dalai Lama nicht über Unabhängigkeit spreche. Sei-

ne Heiligkeit gab bekannt, daß regelmäßige Kontakte mit dem chinesischen Botschafter in Indien in Sicht seien.

Im Hinterhof: Kultureller Völkermord  
Inoffiziellen Informationen zufolge hat die chinesische Regierung auf einem geheimen Treffen im Mai diesen Jahres nahe Chengdu eine drastische Verschärfung ihrer Tibetpolitik beschlossen. Peking wolle den tibetischen Widerstand brechen, indem es die Politik der Besiedlung mit Chinesen forcieren. Weiter will man Versuche unternehmen, religiöse Rivalitäten in Tibet zu provozieren und die Geistlichkeit im Exil zu spalten. Das Ziel sei die endgültige Auslöschung der tibetischen Kultur, Religion und nationalen Identität.

Ein Sprecher des chinesischen Außenministeriums sagte, er wisse nicht, von welchem Treffen hier gesprochen wurde, die Tibetpolitik seiner Regierung bliebe unverändert.

Vertreter des Dalai Lama warfen nach Bekanntwerden dieser Informationen der chinesischen Regierung vor, naziähnliche Methoden zur Niederschlagung des tibetischen Widerstandes anzuwenden und in Tibet eine »Endlösung« herbeizuführen. Sie appellierten an die Staatengemeinschaft, sich nicht länger von Peking in die Irre führen zu lassen.

### **Dalai Lama kämpft für das Überleben seines Volkes**

Der Dalai Lama hat Anfang September seine vertrauliche, private Korrespondenz mit der chinesischen Regierung der Öffentlichkeit zugänglich gemacht. Mit diesem drastischen Mittel will Seine Heiligkeit belegen, daß die Verantwortlichen in Peking nicht ernsthaft verhandeln. Die chinesische Regierung sei nicht bereit, über die essentiellen Fragen Tibet betreffend zu diskutieren.

Bereits Mitte August hatte das Oberhaupt Tibets auf einer Pressekonferenz gesagt, er halte eine Autonomie Tibets und nicht die völlige Unabhängigkeit für ein realistisches Ziel. Nach seinen Vorstellungen könnte die Außen- und Sicherheitspolitik in den Händen Pekings liegen.

In einer Situation, in der sein Land im Sterben liege, sei es Luxus, über Unabhängigkeit zu sprechen. Nach seinen Informationen stünden sechs Millionen Tibeter schon sieben Millionen Chinesen gegenüber. Die Tibeter würden gezwungen, Chinesisch zu lernen. Auch lazierten Atomwaffen und Atom Müll in Tibet, was eine ernsthafte Bedrohung für den Frieden und die Umwelt darstelle.

»Wir sprechen von einem mittleren Weg — ein Land mit zwei Systemen«, sagte Seine Heiligkeit. »Ich möchte eine Friedenszone in Tibet sehen, eine demilitarisierte Region, die allen nützen würde, einschließlich China und Indien.«

Mit der Veröffentlichung der Briefe dokumentiert der Dalai Lama, daß er immer an einer friedlichen, vernünftigen und gerechten Lösung der Tibetfrage interessiert war. Eine konstruktive Antwort aus Peking sei nie erfolgt. Nochmals appellierte er an die Chinesen, die geplante forcierte Besiedlung Tibets mit Chinesen zu stoppen und in Verhandlungen ohne Vorbedingungen einzutreten.

### **Der Mammon kommt nach Lhasa**

Im Schlepptau der chinesischen Einwanderer befindet sich nicht nur eine andere Kultur, sondern auch Geld, Alkohol und vieles mehr. Reiche Unternehmer, Händler und kleine Dienstleistungsbetriebe, die sich im Zuge der wirtschaftlichen Neugestaltung Chinas emporgeschwungen haben, sind auch in Tibet, besonders Lhasa, aktiv. Berichten aus Lhasa zufolge bekommen die Händler viel für ihr Geld, manchmal den doppelten Preis wie in China. Sie verschachern ihre Waren vor allem an chinesische Soldaten, Polizisten und andere Einwanderer, die einen »Tibet-Bonus« erhalten.

Gleichzeitig werden die einheimischen Händler aus Lhasa verdrängt. Nicht nur die Konkurrenz ist größer geworden, auch sind mit den wirtschaftlichen Reformen die Preise für Wohnraum und Güter des täglichen Bedarfs gestiegen. Immer mehr tibetische Bettler, darunter Kinder, alte Menschen und Behinderte, bevölkern die Straßen Lhasas. Die

Demonstrationen tausender Tibeter im Mai waren auch ein Aufschrei gegen die hohen Preise von Brennstoff und Nahrungsmitteln. Die sozialen Leistungen fallen immer mehr dem Markt zum Opfer; beispielsweise ist aus einem Zentrum für die Behandlung von Behinderten ein Video Shop geworden.

Die soziale Schere zwischen den Tibeter und den Einwanderern wird immer größer. Die deutsche Regierung scheint vor dieser Situation die Augen zu verschließen. Sie bewilligte 15 Millionen Mark Entwicklungshilfe für China; ein Teil der Mittel soll für die Förderung kleinerer und mittlerer Betriebe verwendet werden.

### **Appell für Gendun Rinchen**

Gendun Rinchen, Tibets bekanntester und beliebtester Reiseleiter wurde am 13. Mai 1993 in seiner Wohnung in Lhasa verhaftet. Die Chinesen warfen ihm vor, »Staatsgeheimnisse gestohlen« und sich an »separatistischen Aktivitäten« beteiligt zu haben. Fakt ist, daß Gendun Rinchen eine Gruppe von EG-Diplomaten über die Menschenrechtssituation aufklären wollte. Seit seiner Verhaftung hat man nichts wieder von ihm gehört. Ebenso erging es seinem Nachbarn Lobsang Yonten, ein über 60-jähriger ehemaliger Mönch, der an Tuberkulose leidet und regelmäßig Medikamente braucht.

Amnesty international sieht Gendun Rinchen und Lobsang Yonten als gewaltlose politische Gefangene an, die wegen friedlicher Ausübung ihres Rechts auf freie Meinungsäußerung inhaftiert wurden. Die Menschenrechtsorganisation startete daher im Sommer eine Eilaktion für die Tibeter, die in Gefahr schweben, gefoltert zu werden.

Eine Kampagne zugunsten von Gendun Rinchen und anderer tibetischer Gefangener ist lanciert worden vom:

International Committee  
of Lawyers for Tibet  
347 Dolores Street, Suite 206  
San Francisco, CA 94 110  
USA

---

## **Tibetisch lernen — natürlich in Lhasa**

Eine Sprachreise unter dem Motto »Tibetisch-Deutscher Sprachaustausch« wird im Rahmen der GDFC-Sprachprogramme für das kommende Jahr geplant. Die Reise wird voraussichtlich fünf Wochen dauern, davon wird drei Wochen für den Sprachunterricht anberaumt. Anschließend besteht in Einzel- oder Gruppenreisen die Gelegenheit, das Erlernte anzuwenden. Nähere Informationen erteilt:

Padma Wangyal, Arno-Holz-Stralße 5,  
12165 Berlin. Tel.: 030-79 1 20 47

## **Arzt für Nepal gesucht**

In Yangsa, einer kleinen Ortschaft in der Nahe von Pokhara/Nepal hat eine neue Krankenstation eröffnet. Shanga Rinpoche, der Abt des tibetischen Klosters und Leiter der Krankenstation, sucht dringend einen Arzt oder eine Ärztin, der oder die sich für ein Jahr zur Mitarbeit verpflichten würde. Die Station bietet sehr gute Wohnmöglichkeit und Verpflegung. Kontakt: Padma Wangyal, 030-791 20 47.

## **Dalai Lama zum ersten Mal in Afrika**

Seine Heiligkeit der Dalai Lama wird am 22. September 1993 zu einem dreitägigen Besuch in Libreville, der Hauptstadt von Gabon, erwartet. Dies wird die letzte Station einer mehrwöchigen Reise sein, die den Dalai Lama in die Schweiz und die Vereinigten Staaten führte.

Kasur Tenzin G. Tethong, Privatsekretär des Dalai Lama, beschreibt diesen Besuch als »die Erfüllung eines langen Wunsches Seiner Heiligkeit«. Der Dalai Lama hofft, daß sein Besuch in Gabon der historische Beginn zu einem besseren Verständnis für diesen wichtigen Teil der Welt sein wird. Umgekehrt gibt der Besuch den Menschen in Afrika die Möglichkeit, die weltweite Botschaft des Dalai Lama zu hören und die Situation des von China besetzten Tibets kennenzulernen.

Seine Heiligkeit der Dalai Lama wird

einer der Nobelpreisträger sein, die im Jahre 2000 an einer internationalen Konferenz zum Thema »Strategie für die Nord-Süd Kooperation« teilnehmen werden, die von der in Libreville ansässigen Internationalen Stiftung des Dr. Albert Schweitzer Hospitals organisiert wird.

## **Menschenrechtsorganisationen drohen mit Boykottauf& wenn Peking zum Austragungsort für die Olympischen Spiele ernannt wird**

Wegen »schwerer Menschenrechtsverletzungen in China und der Unterdrückungspolitik in Tibet« hat sich die Internationale Gesellschaft für Menschenrechte (IGFM) dagegen ausgesprochen, die Olympischen Spiele des Jahres 2000 in der chinesischen Hauptstadt Peking auszutragen. Eine Entscheidung für Peking bedeute, »die Prinzipien der Olympischen Idee auf den Kopf zu stellen«, erklärte die IGFM am Dienstag in Frankfurt. Olympische Spiele sollten ein »internationales Fest des Friedens und der Freiheit« sein. Die Gesellschaft kündigte einen Boykottaufruf von Menschenrechtsorganisationen an, falls am Donnerstag in Monte Carlo für Peking entschieden werde.

In China gebe es immer noch mehr als zwei Millionen politischer Gefangener. Von einem »Tauwetter« könne trotz der Freilassung der Dissidenten Wei Jingsheng und Zhai Weimin nicht gesprochen werden. Die Vollstreckung der Todesstrafe sei ein »nahezu alltäglicher Vorgang«, viele Häftlinge wurden brutal geschlagen und gefoltert, berichtet die Gesellschaft. In Tibet seien seit dem Einmarsch chinesischer Truppen 1959 fast eine Million Menschen getötet worden. Das religiöse und kulturelle Leben hätten die Besatzer fast völlig zerstört. Von den rund 2.700 Klöstern mit über Hunderttausend Mönchen sind nach Darstellung der IGFM noch acht Klöster mit wenigen hundert Mönchen übriggeblieben.

Auch die Gesellschaft für bedrohte Völker (GfbV) protestierte einen Tag vor der Entscheidung in Monte Carlo vor dem Chinesischen Generalkonsulat in

Hamburg gegen Peking als Austragungsort. An der Mahnwache nahmen u. a. GfbV-Aktionist Rüdiger Nehberg, der Bundesvorsitzende der GfbV, Tilman Zülch, Geshe Thubten Ngawang, geistlicher Leiter des Tibetischen Zentrums, sowie Mitglieder der Tibet-Initiative Deutschland und des Tibetischen Zentrums teil. Auslöser für diese kurzfristige angesetzte Protestaktion waren Vorfälle in Monte Carlo: Vier Tibeterinnen war mit Landesverweis gedroht worden, weil sie T-Shirts mit dem Aufdruck »Olympiade 2000 — nicht in China« trugen. Der Versuch der Tibeter, dem IOC eine Petition mit über 30.000 Unterschriften gegen die Olympiade in Peking zu überreichen, war ebenfalls gescheitert. Nur die zur Auswahl stehenden Städte dürften Eingaben machen.

Das Europa-Parlament hatte sich am 16. September in einer Resolution ebenfalls u.a. gegen die Olympischen Spiele in Peking ausgesprochen, »solange kein bedeutender Fortschritt bei der Einhaltung der Menschenrechte durch das Chinesische Regime erzielt worden sei«.

Amnesty International gab bekannt, daß sie keine Position beziehen möchte, wo die Olympischen Spiele stattfinden sollen, da sie gegen mehrere in Frage kommende Austragungsorte Bedenken habe. Amnesty wolle aber möglichst im November China besuchen, um dort die Menschenrechtssituation zu untersuchen. Man hoffe vor allem auf jüngste offizielle Ankündigungen im Zusammenhang mit der Bewerbung Pekings für die Olympischen Spiele im Jahr 2000. Dabei war eine Politik größerer Offenheit in Aussicht gestellt worden. Bisher habe Amnesty wiederholt vergeblich versucht, als Beobachter an politischen Prozessen teilzunehmen und chinesische Beamte zu treffen.

Insider sind sich sicher, daß sich die in Aussicht gestellte Öffnung nur wirtschaftlich zu interpretieren sei. So betonte auch Außenhandelsministerin Wu Yi bei ihrem Besuch in Leipzig am 2. Juni »China habe sich der ganzen Welt geöffnet, die Konkurrenz sei aber groß«. China stellte der deutschen Wirtschaft Aufträge in dreistelliger Millionenhöhe in Aussicht.